



WIEDERHOLUNGEN

Zivilprozess

Inhalt

Einführung in den Zivilprozess.....	4
Grundlagen des Zivilprozesses und Grundsätze des Erkenntnisverfahrens.....	4
Personen als Träger von Rechten und Pflichten	4
Geschäftsfähigkeit	6
Fristen und deren Berechnungen.....	6
Verjährung.....	7
Zuständigkeiten	7
Die Klage	10
Die Parteien	11
Prozessvoraussetzungen	11
Zustellungen	11
Geschäftliche Behandlung einer Klageschrift.....	11
Mahnverfahren.....	12
Schriftliches Vorverfahren.....	13
Widerklage	14
Termine und Ladungen	14
Der Beweis im Klageverfahren	14
Der Ablauf einer mündlichen Verhandlung.....	15
Protokoll	15
Beendigung des Verfahrens	16
Beendigung durch Urteil	16
Rechtskraft	16
Vollstreckbare Ausfertigung.....	17
Prozessvergleich	17
Klagerücknahme	18
Klageverzicht	18
Hauptsachenerledigung	18
Weitere Aufgaben des Registrators im Verlauf des Verfahrens	19
Kostenfestsetzungsverfahren.....	19
Akteneinsicht.....	19
Prozesskostenhilfe.....	19
Nebenverfahren	20
selbständiges Beweisverfahren.....	20
Arrest und einstweilige Verfügung.....	20

Schutzschriften	21
Mediation	21
vertretbare und unvertretbare Handlungen	21
Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	22
Berufung/Anschlussberufung.....	22
Revision / Nichtzulassungsbeschwerde	23
Rechtsbehelfe.....	23
Einspruch	23
Gehörsrüge.....	24

Einführung in den Zivilprozess

Grundlagen des Zivilprozesses und Grundsätze des Erkenntnisverfahrens

- a:** Definieren Sie den Begriff Zivilprozess!
- b:** Nennen Sie 2 Beispiele für einen Zivilprozess!
- c:** Welche Gesetze sind im Zivilprozess anzuwenden?
- d:** Wie lauten die Parteibezeichnungen im Klageverfahren?
- e:** Nennen Sie 3 Grundsätze des Erkenntnisverfahrens!

- f:** Sind folgende Aussagen richtig oder falsch?

Nur die Partei, die anwaltlich vertreten ist, hat rechtliches Gehör.

Auf Grund des rechtlichen Gehörs hat jede Partei die Verpflichtung sich zu äußern.

Die Parteien gestalten mit ihren Anträgen den Gang des Verfahrens.

Der Kläger beantragt die Zahlung von 500,00 €. Das Gericht darf den Beklagten nicht auf Herausgabe des Fahrrads verurteilen.

In einem Verhandlungstermin dürfen nur die Verwandten der Parteien zuschauen.

Ton- und Filmaufnahmen sind zulässig.

In allen Verfahren im Zivilprozess muss eine mündliche Verhandlung stattfinden.

Nur der Beklagte muss die Wahrheit sagen.

Das Gericht hat nach freier Überzeugung zu entscheiden, ob eine tatsächliche Behauptung für wahr oder für nicht wahr zu erachten ist.

Ein Rechtsstreit soll in einem umfassenden vorbereiteten Termin erledigt werden.

Das Urteil muss von einem Richter, der im jeweiligen Gericht arbeitet, gefällt werden.

<i>richtig</i>	<i>falsch</i>

Personen als Träger von Rechten und Pflichten

- a:** Welche Personen als Träger von Rechten und Pflichten kennen Sie?
- b:** Erläutern Sie den Begriff Rechtsfähigkeit! Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- c:** Ab wann kann ein Mensch eigenverantwortlich rechtsverbindlich handeln? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- d:** Wann endet die Rechtsfähigkeit?

e: Definieren Sie den Begriff „juristische Person“!

f: Welche Arten der juristischen Personen gibt es? Nennen Sie jeweils zwei Beispiele!

g: Wie handeln die juristischen Personen? Nennen Sie zwei Beispiele!

A crossword puzzle grid is shown with 12 numbered starting points for clues. The grid consists of white squares for letters and black squares for empty space. The numbers are: 1 (down), 2 (down), 3 (across), 4 (across), 5 (across), 6 (across), 7 (across), 8 (down), 9 (down), 10 (across), 11 (across), and 12 (down).

1. natürliche Menschen
2. Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten
3. rechtsverbindlich handeln
4. ab Geburt
5. Ende der Rechtsfähigkeit
6. Personenvereinigung mit gesetzlich anerkannter Rechtsfähigkeit
7. juristischen Person ...
8. Organ der GmbH
9. Fähigkeit, rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben und entgegenzunehmen
10. 0 - Vollendung des 7. Lebensjahres ist ein Kind
11. Willenserklärungen einer geschäftsunfähigen Person sind
12. Willenserklärungen eines 15-jährigen Kindes sind

Geschäftsfähigkeit

- a:** Definieren Sie den Begriff „Geschäftsfähigkeit“!
- b:** Nennen Sie die Arten der Geschäftsfähigkeit!
- c:** Erläutern Sie das Wesen der Geschäftsfähigkeit unter Nennung der gesetzlichen Bestimmungen!
- d:** Wer kann rechtsgeschäftliche Willenserklärungen abgeben – beziehen Sie dabei die Arten der Geschäftsfähigkeit ein! Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!

Fristen und deren Berechnungen

- a:** Definieren Sie den Begriff Fristen!
- b:** Erläutern Sie den Fristbeginn einer Ereignisfrist unter Nennung der gesetzlichen Bestimmungen!
- c:** Erläutern Sie den Fristbeginn einer Beginnfrist unter Nennung der gesetzlichen Bestimmungen!
- d:** Nennen Sie je ein Beispiel für eine Ereignisfrist und eine Beginnfrist!
- e:** An welchen Wochentagen kann eine Frist beginnen?
- f:** An welchen Tagen darf eine Frist niemals enden? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen aus der ZPO!
- g:** Erläutern Sie die Aussage „Eine Frist darf immer voll ausgeschöpft werden“!

- h:** Berechnen Sie bitte nachfolgende Fristen ohne Nennung der gesetzlichen Bestimmungen!

März							
kw	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
9			1	2	3	4	5
10	6	7	8	9	10	11	12
11	13	14	15	16	17	18	19
12	20	21	22	23	24	25	26
13	27	28	29	30	31		

April							
kw	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
13						1	2
14	3	4	5	6	7	8	9
15	10	11	12	13	14	15	16
16	17	18	19	20	21	22	23
17	24	25	26	27	28	29	30

Fall 1:

Zustellung des Urteils des AG an den Beklagten: 28.03.2023 – bis wann kann der Beklagte Berufung einlegen?

Fristbeginn: _____

Fristende: _____

Fall 2:

Zustellung des Urteils des AG an den Beklagten: 07.03.2023 – bis wann kann der Beklagte Berufung einlegen?

Fristbeginn: _____

Fristende: _____

Fall 3:

Zustellung des Versäumnisurteils des AG an den Beklagten: 07.03.2023 – bis wann kann der Beklagte Einspruch einlegen?

Fristbeginn: _____

Fristende: _____

Fall 4:

Zustellung des Versäumnisurteils des AG an den Beklagten: 27.03.2023 – bis wann kann der Beklagte Einspruch einlegen?

Fristbeginn: _____

Fristende: _____

- i:** Definieren Sie den Begriff Notfrist! Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
Nennen Sie zwei Beispiele!

Verjährung

- a:** Definieren Sie den Begriff Verjährung!
- b:** Nennen Sie die Frist für eine regelmäßige Verjährung! Wann ist Fristbeginn? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- c:** Nennen Sie die Wirkung der Verjährung!

Zuständigkeiten

- a:** Erläutern Sie den Begriff „sachliche Zuständigkeit“!
- b:** Bei welchen Gerichten kann eine Klageschrift eingereicht werden?
- c:** Welche Streitwerte sind jeweils maßgeblich? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!

- d:** Nennen Sie zwei Streitigkeiten, die ohne Rücksicht auf den Streitwert immer beim AG ihre Zuständigkeit finden! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- e:** Definieren Sie den Begriff „örtliche Zuständigkeit“!
- f:** Welche Gerichtsstände gibt es? Erläutern Sie die Gerichtsstände jeweils kurz! Nennen Sie jeweils zwei Beispiele!
- g:** Erläutern Sie das Wahlrecht des Klägers! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- h:** Wer ist funktionell zuständig für:
- Überwachung der Fristen
 - Erlass des streitigen Urteils
 - Berechnung der Rechtskraft
 - Entscheidung über den PKH-Antrag
 - Überwachung der Rückkehr der Zustellnachweise
 - Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung
 - für die Sicherheit in einem Sitzungssaal sorgen
 - Erlass des Kostenfestsetzungsbeschlusses
-
-

Lesen Sie aufmerksam!

a: Beispiel für Wohnmietraumstreitigkeit

Alfred hat über 8 Monate hinweg die vereinbarte Miete in Höhe von insgesamt 5.970,00 € für die von ihm gemietete 4-Zimmer-Wohnung nicht bezahlt. Eine Zahlungsklage ist beim Amtsgericht einzureichen. Die ausstehende Mietforderung liegt zwar über 5.000,00 €, aber das Gesetz bestimmt ausdrücklich, dass es bei Wohnräumen nicht darauf ankommt, wie hoch der Wert des Streitgegenstandes tatsächlich ist.

b: Beispiel für Geschäftsräume

Max ist Inhaber eines kleinen Zeitschriftenladens in der Berliner Innenstadt. Auch hier hat er bereits seit mehr als sieben Monaten die vereinbarte Miete nicht bezahlt. Der kleine Laden von Max stellt keinen Wohnraum, sondern Geschäftsräume dar, daher richtet sich die sachliche Zuständigkeit nach der Höhe der Klageforderung. § 23 II GVG zielt einzig und allein auf die Anmietung von Wohnraum ab. Wenn es sich um Geschäftsräume handelt, kommt es auf die Höhe der Klageforderung an, ob das Amtsgericht oder das Landgericht sachlich zuständig ist.

c: Streitigkeiten wegen Wildschadens (§ 23 Nr. 2d GVG)

Hans, Förster und Jäger, wird auf Schadensersatz in Höhe von 13.189,93 € verklagt, weil seine Wildschweine aus dem Wildgehege ausgebrochen sind und das anliegende Maisfeld von Bauer Josef zertrampelt und umgepflügt haben. Die Ernte ist erheblich

beschädigt worden. Trotz der Klagesumme von 13.189,93 € muss die Klage auf Zahlung von Schadensersatz beim Amtsgericht eingereicht werden.

d: Streitigkeiten zwischen Reisen und Wirten

Maria mietet sich für mehrere Wochen in einem Luxushotel in der Frankfurter Innenstadt ein. Sie lässt es sich im Luxushotel mit Wellness und Gourmet-Küche richtig gut gehen. Als sie das Hotel wieder verlässt, zahlt sie jedoch das Hotelzimmer sowie die erbrachten weiteren Leistungen des Hotels (Massage im Wellnessbereich, mehrere 3-Gänge-Menüs am Abend etc.) nicht. Der Wirt muss nun seine Zimmermiete sowie die weiteren ausstehenden Kosten einklagen. Es handelt sich hierbei um eine Streitigkeit zwischen einem Reisenden (Maria) und dem Wirt des Hotels.

e: Beispiel für die Zuständigkeit für das OLG

Mit Urteil des Landgerichts Oldenburg vom 08.01.20xx wurde entschieden, dass Frau Emma Kern die Kaufpreisforderung von Herrn Tim Bogner in Höhe von 12.720,00 € für den Erwerb verschiedener Antiquitäten in dessen Antiquitätenladen in der Altstadt von Oldenburg in voller Höhe zu bezahlen hat. Frau Kern hatte dem Gericht gegenüber angegeben, dass ein Schrank aus der Barockzeit nicht den vollen Preis wert sei und deshalb eine Kaufpreisminderung von ihr — ohne Absprache mit dem Verkäufer — vorgenommen worden sei. Herr Bogner hatte deshalb vor dem Landgericht gegen Frau Kern Klage auf Zahlung des vollen Kaufpreises erhoben. Frau Kern bleibt auch nach dem Urteil des Landgerichts Oldenburg bei ihrer Ansicht und möchte Berufung gegen das Urteil beim Oberlandesgericht Oldenburg einreichen.

f: Beispiel für einen ausschließlichen Gerichtsstand

Das Ehepaar Otto Reich und Maria Reich (wohnhaft in Dresden) haben für ihre Tochter in München eine Wohnung angemietet, da diese dort im dritten Semester studiert. Die Eltern haben mit dem Vermieter ordnungsgemäß einen Mietvertrag abgeschlossen. Nachdem die Eltern jedoch für ein paar Monate die Miete der Wohnung in München nicht bezahlt haben, werden sie nun vom Vermieter verklagt. Der Vermieter muss die Klage beim Amtsgericht München einreichen, da sich dort die angemieteten Räume befinden (es geht hierbei um den ausschließlichen Gerichtsstand bei Miet- oder Pachträumen gem. § 29a ZPO).

g: Wahlrecht des Klägers § 35 ZPO

Herr Maler ist am 11.02.20xx in einen Autounfall mit Frau Süß verwickelt. Herr Maler wohnt in Hamburg, Frau Süß wohnt in München und der Unfall ist in Frankfurt passiert. Frau Süß will nun den Schaden gegenüber Herrn Maler, der ihm die Vorfahrt genommen hatte, gerichtlich geltend machen. Wo kann Frau Süß die Klage einreichen?

Möglichkeit Nr. 1: Am Wohnsitz des Herrn Maler in Hamburg gem. §§ 12, 13 ZPO

Möglichkeit Nr. 2: Am Ort der unerlaubten Handlung (ein Verkehrsunfall stellt eine unerlaubte Handlung dar) gem. § 32 ZPO, also in Frankfurt. Frau Süß kann nun gem. § 35 ZPO wählen, ob sie Herrn Maler in Hamburg oder in Frankfurt verklagen möchte.

h: Die Zuständigkeit des Prozessgerichts ändert sich nicht, wenn sich die Umstände verändern, aus denen sie begründet wurde (§ 261 III Nr. 2 ZPO):

Herr Münstermann hat gegen Herrn Dom beim Amtsgericht Nürnberg Klage eingereicht. Herr Dom wohnt in Nürnberg, so dass es sich hierbei gem. §§ 12, 13 ZPO um den allgemeinen Gerichtsstand des Herrn Dom handelt. Im Laufe des Verfahrens vor dem Amtsgericht Nürnberg zieht Herr Dom nach Köln um und meldet auch dort seinen

Wohnsitz an. Durch den Umzug von Nürnberg nach Köln ändert sich gem. § 261 III Nr. 2 ZPO nichts an der Zuständigkeit des Amtsgerichts Nürnberg. Obwohl Herr Dom nicht mehr in Nürnberg wohnt, wird das Verfahren bis zur Entscheidung vor dem Amtsgericht Nürnberg geführt.

i: Der Beklagte Hummel wird in München vor dem Landgericht verklagt. Nach Zustellung der Klage zieht Hummel nach Hamburg um. Ändert dies etwas an der Zuständigkeit des Landgerichts München?

Nein, das Landgericht München bleibt weiter zuständig (§ 261 III Nr. 2 ZPO). Denn: Die Zuständigkeit des Prozessgerichts wird durch eine Veränderung der sie begründenden Umstände nicht berührt.

j: RA Groß soll für seinen Mandanten Schlimm aus München den wohnsitzlosen Schmitt verklagen, der in München unter einer stadtbekanntem Brücke lebt. Der Streitwert beträgt 700,00 €.

Der allgemeine Gerichtsstand einer Person, die keinen Wohnsitz hat, wird durch den Aufenthaltsort im Inland bestimmt, hier München. Sachlich zuständig ist das Amtsgericht, § 16 ZPO.

k: Herr Rodriguez ist Gastarbeiter aus Spanien und wohnt für die Dauer seiner Beschäftigung, die zunächst für 8 Monate angedacht ist, in Deutschland in einer Mietwohnung in Flensburg. Seinen Wohnsitz hat er nach wie vor in Madrid/Spanien. Von seinem Vermieter erhält er zudem ein Darlehen in Höhe von 2.000,00€, um ihm den Start in Deutschland etwas leichter zu machen. Dieses Darlehen soll binnen sechs Monaten von Herrn Rodriguez zurückgezahlt werden. Nach sechs Monaten stellt sich jedoch heraus, dass Herr Rodriguez keine Mittel hat, um das Darlehen zurückzubezahlen. Wo (örtliche Zuständigkeit) muss der Vermieter von Herrn Rodriguez diesen wegen der Darlehensforderung verklagen.

Der Vermieter hat die Möglichkeit Herrn Rodriguez am Gericht seines derzeitigen Aufenthaltsortes zu verklagen (§ 20 ZPO). In diesem Fall wäre als besonderer Gerichtsstand Flensburg möglich. § 29a ZPO greift hier nicht, da es sich um keine Streitigkeit handelt, die sich aus dem Mietverhältnis zwischen den Parteien ergibt.

Die Klage

a: Wie wird ein gerichtliches Verfahren in Gang gesetzt?

b: Nennen Sie die Mussinhalte einer Klageschrift unter Nennung der gesetzlichen Bestimmung!

c: Nennen Sie die Sollinhalte einer Klageschrift unter Nennung der gesetzlichen Bestimmung!

d: Warum ist es sinnvoll, dass der Streitwert in der Klageschrift angegeben wird?

e: Wann ist das Verfahren anhängig?

f: Wann ist das Verfahren rechtshängig?

g: Nennen Sie die Klagearten!

Die Parteien

- a:** Definieren Sie den Begriff Kläger!
- b:** Definieren Sie den Begriff Beklagter!
- c:** Dürfen auch Dritte eine Klage für andere erheben? Nennen Sie ggf. Beispiele!
- d:** Wie werden mehrere Kläger auch genannt? Gilt dies auch für mehrere Beklagte?

Prozessvoraussetzungen

- a:** Wer prüft die Prozessvoraussetzungen?
- b:** Müssen die Prozessvoraussetzungen zwingend vorliegen? Was passiert, wenn eine Prozessvoraussetzung nicht vorliegt?
- c:** Definieren Sie den Begriff Parteifähigkeit! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- d:** Definieren Sie den Begriff Rechtsfähigkeit! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- e:** Definieren Sie den Begriff Prozessfähigkeit! Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- f:** Was bedeutet Postulationsfähigkeit?

Zustellungen

- a:** Definieren Sie den Begriff Zustellung! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- b:** Welchen Zweck hat eine Zustellung?
- c:** Wer ist funktionell für die Zustellung zuständig?
- d:** Nennen Sie die Zustellarten!
- e:** Beschreiben Sie die Zustellung per ZU!

Geschäftliche Behandlung einer Klageschrift

- a:** Wie wird eine Klageschrift beim zuständigen Gericht eingereicht?
- b:** Wie wird der Eingang der Klageschrift dokumentiert? Nennen Sie die Vorschriften! Gehen Sie dabei auf die Briefannahmestelle bzw. Abteilung beim Amtsgericht ein!
- c:** Bei welchen Schriftsätzen muss neben der Urschrift auch die Abschriften präsentiert werden? Nennen Sie die Vorschrift!

- d:** Wo tragen Sie die Klageschrift ein? Nennen Sie die Vorschriften!
- e:** Bei welchem Gericht können Klageschriften eingereicht werden? Wie lautet das jeweilige Registerzeichen?
- f:** Wie setzt sich ein AZ im Zivilprozess beim AG zusammen?
- g:** Nennen Sie die Registerzeichen für das Landgericht sowie für das OLG/KG!
- h:** Sie sind Registrator in einer Abteilung beim AG. Bei Ihnen geht ein Schriftsatz ein. Was müssen Sie tun?
- i:** Was muss von Ihnen bei einer Räumungsklage veranlasst werden?
- j:** Wie setzt sich der Streitwert einer Räumungsklage zusammen?
- k:** Was bedeutet folieren? Wie viele Blätter darf eine Akte umfassen? Nennen Sie die Vorschriften!

Mahnverfahren

- a:** Bei welchen Forderungen ist das Mahnverfahren zulässig? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- b:** Erläutern Sie unter Angabe der gesetzlichen Bestimmungen die örtliche und sachliche Zuständigkeit!
- c:** Wer ist funktionell für den Erlass des MB zuständig?
- d:** Welche Möglichkeit hat der Antragsgegner gegen einen MB vorzugehen. Nennen Sie auch die Dauer der Frist unter Angabe der gesetzlichen Bestimmungen!
- e:** Wann ist ein Klageverfahren anhängig, wenn ein Mahnverfahren vorangegangen ist?
- f:** Wann ist ein Klageverfahren rechtshängig, wenn ein Mahnverfahren vorangegangen ist?
- g:** Der Mahnbescheid wurde dem Antragsgegner am 20.03.2024 zugestellt. Ab und bis wann kann der Antragsteller einen Antrag auf Vollstreckungsbescheid stellen.
- h:** Wo ist ein Mahnverfahren zu beantragen, wenn der Antragsteller im Ausland wohnt?
- i:** Herr Meier (Kläger) fordert von Frau Fischer (Beklagte) auf Grund eines Verkehrsunfalls mit Totalschaden seines Autos Schadensersatz von Frau Fischer in Höhe von

12.300,00 €. Die Schuld von Frau Fischer ist eindeutig bewiesen. Welches Gericht ist (sachlich und örtlich) zuständig für:

- a) die Einreichung der Klage?
- b) die Einreichung eines Mahnbescheids?

j: Welche Vorteile hat ein Mahnverfahren? Erläutern Sie Ihre Antworten kurz!

Schriftliches Vorverfahren

a: In dem Verfahren Meier ./ Schmidt ist der entsprechende Vorschuss eingegangen. Sie legen die Akte dem Richter vor. Welche Prüfung nimmt dieser vor? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!

b: Welche Fristen setzt der Richter dem Beklagten beim schriftlichen Vorverfahren? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!

c: Was übersenden Sie bei der Mitteilung des schriftlichen Vorverfahrens ebenfalls an den Beklagten?

d: Wann ist ein Verfahren anhängig?

e: Erstellen Sie für den folgenden Sachverhalt eine Verfügung hinsichtlich der Verfügungssammlung!

Am 08. April 2024 geht bei Ihnen die Klageschrift vom 07. April 2024 des Herrn Schubert, wohnhaft in Hohenschönhausen, vertreten durch Rechtsanwalt Kreisel, gegen den Herrn Meier, vertreten durch Rechtsanwalt Herrmann, wohnhaft in Mitte, wegen Restkaufpreisforderung in Höhe von 2.897,00 € ein. Ein entsprechender Vorschuss ist mit der Klageschrift per Scheck eingegangen. Der Richter ordnet das schriftliche Vorverfahren an. Der Kläger erhält eine Auflage gemäß § 273 ZPO.

f: Wann ergeht ein Versäumnisurteil im SVV?

g: Wann ist ein Verfahren rechtshängig?

h: Welche Tätigkeiten müssen Sie als UdG beim Eingang eines Schriftsatzes tätigen?

i: Nennen Sie die Registerzeichen für das AG, das LG und das OLG/KG!

j: Was muss von Ihnen veranlasst werden, wenn eine Räumungsklage vorliegt?

k: Was kann ergehen, wenn der Beklagte die Notfrist nicht fristgerecht einhält?

l: Der Beklagte reicht fristgerecht die Verteidigungsabsicht ein. Er reicht jedoch keine Klageerwiderung ein. Was passiert nun?

Widerklage

- a:** Wie heißen die Parteien bei einer Widerklage!
- b:** Wann ist eine Widerklage zulässig?
- c:** Welche Vorteile kennen Sie hinsichtlich der Widerklage?
- d:** Wann werden für eine Widerklage Verfahrensgebühren erhoben, wann nicht?

Termine und Ladungen

- a:** Definieren Sie den Begriff Termin! Wer bestimmt diesen? Wann findet dieser i. d. R. statt?
- b:** Was muss einer mündlichen Verhandlung i. d. R. immer vorangeschaltet werden? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- c:** Was passiert, wenn die Güteverhandlung scheitert?
- d:** Wann findet ein Haupttermin statt?
- e:** Welche Fristen gelten für die Ladung zum frühen ersten Termin? Gehen Sie näher auf die Fristen ein und erläutern Sie diese unter Nennung der gesetzlichen Bestimmungen!
- f:** Welche Frist gilt bei der Ladung zur mündlichen Verhandlungen (außer dem frühen ersten Termin)?
- g:** Wer hat die Ladung zu veranlassen? Was muss der Ladung beigefügt werden? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- h:** Nennen Sie den Grundsatz, wie zu einer mündlichen Verhandlung geladen werden muss! Nennen Sie die Ausnahmen!
- i:** Die Terminsbestimmung wurde in einer mündlichen Verhandlung verkündet. Wie erfolgt hier die Ladung? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- j:** Welche Regeln gelten für die Umladung?
- k:** Welche Regeln gelten für die Abladung?

Der Beweis im Klageverfahren

- a:** Wann wird Beweis erhoben?

b: Wer bestimmt die Beweismittel?

c: Nennen Sie die Beweismittel!

d: Wovon ist die Ladung eines Zeugen abhängig? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!

e: Welches Beweismittel hat eine starke Wirkung? Welches Beweismittel hat die schwächste Wirkung? Begründen Sie kurz die schwache Wirkung!

Der Ablauf einer mündlichen Verhandlung

Bringen Sie den Ablauf in die richtige Reihenfolge!

Güteverhandlung

Anträge werden gestellt

Feststellung der Anwesenheit

Verkündung von Urteilen / Beschlüssen

Erörterung der Sach- und Rechtslage

Vorsitzende schließt die Verhandlung

Aufruf der Sache

gescheiterte Güteverhandlung – Übergang in die streitige Verhandlung

Protokoll

a: Über was muss ein Protokoll geführt werden. Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!

b: Wird immer ein Protokollführer hinzugezogen? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!

c: Erläutern Sie „vorgelesen und genehmigt“!

d: Welche Farbe hat das Protokoll?

e: Wie wird ein Protokoll an die Parteien bzw. Vertreter übersandt?

f: Was muss der UdG am Terminstag ausdrucken? Und wo müssen diese Ausdrucke ausgehängen werden? Nennen Sie die Vorschrift!

g: Wer unterschreibt das Protokoll?

Beendigung des Verfahrens

Beendigung durch Urteil

- a:** Erläutern Sie den Unterschied zwischen Prozessurteil und Sachurteil!
- b:** Wer darf ein Urteil fällen? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- c:** Erläutern Sie den Inhalt des Tenors!
- d:** Wie setzt sich die Begründung eines Urteils in der ersten Instanz zusammen? Erläutern Sie kurz die Inhalte!
- e:** Welche Urteile haben keine Gründe?
- f:** In der mündlichen Verhandlung wird ein Verkündungstermin anberaumt. Wann muss er spätestens stattfinden? Wie muss das Urteil beim VT vorliegen? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmungen!
- g:** In der mündlichen Verhandlung wird ein Urteil verkündet. Wann muss das vollständig abgefasste Urteil auf die Geschäftsstelle gelangen. Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- h:** Wie werden Urteile an die Parteien bzw. Vertreter übersandt? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- i:** Welcher Vermerk ist auf ein Urteil zu setzen? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- j:** Der VT wurde auf 12:00 Uhr anberaumt. Gegen 11:45 Uhr bringt Ihnen der Richter die entsprechende Akte. Kurz vor 12:00 Uhr ruft der Beklagte an, um sich über den Ausgang des Verfahrens zu erkundigen. Geben Sie hier Auskunft? Begründen Sie Ihre Antwort kurz! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- k:** Welche Besonderheiten bestehen beim Urteil gemäß § 495a ZPO?
- l:** Wann kann ein VU ergehen? Welcher Rechtsbehelf ist gegen ein VU möglich?
- m:** Wann ergeht ein zweites VU? Welches Rechtsmittel ist gegen ein zweites VU möglich?

Rechtskraft

- a:** Wann wird ein Urteil rechtskräftig?
- b:** Wer ist funktionell für die Erteilung des Rechtskraftzeugnisses zuständig? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!

- c:** Nennen Sie die Grundvoraussetzungen für die Rechtskraftbescheinigung!
- d:** Wird die Rechtskraft von Amts wegen erteilt? Besteht Anwaltszwang? Wie viel kosten ein solcher Antrag?
- e:** Erstellen Sie einen Rechtskraftvermerk!
- f:** Was ist eine Notfristanfrage!
- g:** Nennen Sie Folgend der Rechtskraft!

Vollstreckbare Ausfertigung

- a:** Was ist eine vollstreckbare Ausfertigung?
- b:** Wie lautet die Vollstreckungsklausel? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung und Vorschrift!
- c:** Wann ist eine vollstreckbare Ausfertigung zu erteilen?
- d:** Eine vollstreckbare Ausfertigung muss so verbunden werden, dass eine Trennung nicht ohne Substanzerstörung möglich ist. Erläutern Sie, wie dies genannt wird und wie dies umgesetzt wird. Nennen Sie die Vorschriften!
- e:** Wie viele vollstreckbare Ausfertigungen dürfen im Umlauf sein?
- f:** Was darf ein UdG nie nach Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung vergessen?
- g:** Der Kläger teilt mit, dass die vollstreckbare Ausfertigung verloren gegangen ist. Welche Möglichkeit besteht hier? Wer ist funktionell zuständig? Welche Gebühr wird hier fällig und wann? Besteht eine Vorschusskostenpflicht?

Prozessvergleich

- a:** Was ist ein Vergleich?
- b:** Welche Vergleiche kennen Sie?
- c:** Was bedeutet, die Kosten werden gegeneinander aufgehoben?
- d:** Ist gegen ein Vergleich ein Rechtsmittel bzw. Rechtsbehelf gegeben?
- e:** Wie wird ein Vergleich und wie ein Vergleichsbeschluss an die Parteien bzw. Vertreter übersandt?

Klagerücknahme

- a:** Bis wann kann die Klage zurückgenommen werden? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- b:** Wie wird die Klagerücknahme dem Beklagten übersandt? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- c:** Welche Möglichkeit hat der Beklagte nach Übersendung der Klagerücknahme? Welche Frist besteht?
- d:** Warum stellt die Zustimmung zur Klagerücknahme des Beklagten für diesen eine Gefahr dar? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- e:** Was passiert, wenn der Beklagte die Zustimmung verweigert?
- f:** Wie entscheidet das Gericht über die Kosten?
- a) Klagerücknahme vor Rechtshängigkeit
 - b) Klagerücknahme nach Rechtshängigkeit

Klageverzicht

- a:** Was bedeutet Klageverzicht? Was ist ausgeschlossen?
- b:** Wer ist Kostenschuldner?
- c:** Welche Unterschiede bestehen zwischen der Klagerücknahme und dem Klageverzicht?

Hauptsachenerledigung

- a:** Was erklärt der Kläger mit der Hauptsachenerledigung?
- b:** Über was muss das Gericht noch entscheiden? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- c:** Wie wird die Entscheidung an die Parteien bzw. Vertreter übersandt? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- d:** Was kann gegen den Kostenbeschluss eingelegt werden?
- e:** Was passiert, wenn der Beklagte mit der Hauptsachenerledigung nicht einverstanden ist?

Weitere Aufgaben des Registrators im Verlauf des Verfahrens

Kostenfestsetzungsverfahren

- a:** Wozu dient das Kostenfestsetzungsverfahren?
- b:** Welche Voraussetzung gibt es?
- c:** Wer ist funktionell zuständig?
- d:** Erläutern Sie kurz den Gang des Kostenfestsetzungsverfahrens!
- e:** Wie erfolgt die Übersendung an die Parteien bzw. Vertreter?
- f:** Wann darf der Antragsteller mit der Vollstreckung beginnen?
- g:** Welche Rechtsbehelfe sind gegen ein KFB möglich?

Akteneinsicht

- a:** Was muss bei der Akteneinsicht unbedingt eingehalten werden?
- b:** Wer darf Akteneinsicht nehmen?
- c:** Wer entscheidet über die Akteneinsicht eines Verfahrensbeteiligten?
- d:** Erläutern Sie kurz den Ablauf einer Akteneinsicht auf der Geschäftsstelle! Nennen Sie die Vorschriften!
- e:** Erläutern Sie kurz den Ablauf einer Akteneinsicht, mit dem Antrag: „Übersendung der Akte für 3 Tage in die Kanzlei“!
- f:** Gibt es Bestandteile der Akte, die nicht der Akteneinsicht unterliegen?
- g:** Wer entscheidet über die Akteneinsicht über eine Beiakte?

Prozesskostenhilfe

- a:** Nennen Sie die Voraussetzungen für die Bewilligung von Prozesskostenhilfe! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- b:** Was muss der Antragssteller alles einreichen? Wo werden die Schriftsätze jeweils abgeheftet und foliiert?
- c:** Wer ist funktionell zuständig?
- d:** In welchem Gesetz findet man die Vorschriften über die geschäftsstellenmäßigen Bearbeitung im PKH-Verfahren?

- e:** gilt der PKH-Beschluss für alle Instanzen? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- f:** Welche Entscheidungen kann der Richter treffen?
- g:** Welcher Rechtsbehelf ist gegen ein PKH-Beschluss möglich? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- h:** Erläutern Sie kurz die geschäftsstellenmäßige Bearbeitung eines PKH-Beschlusses!
- i:** Was müssen Sie veranlassen, wenn ein PKH-Beschluss mit Ratenzahlung ergangen ist?

Nebenverfahren

selbständiges Beweisverfahren

- a:** Wann ist ein selbständiges Beweisverfahren zulässig? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- b:** Kann das Ergebnis der Beweisaufnahme in einem späteren Prozess genutzt werden? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmung!
- c:** Welches Gericht ist zuständig?
- d:** Besteht hier Anwaltszwang?
- e:** Ist ein solches Verfahren vorschusskostenpflichtig?
- f:** Welches Registerzeichen erhält ein solcher Antrag beim AG?
- g:** Wie verhält es sich mit den Kosten eines solchen Verfahrens, wenn
- a) eine Zivilsache bereits anhängig ist
 - b) keine Zivilsache anhängig ist?

Arrest und einstweilige Verfügung

- a:** Wozu dienen diese Verfahren?
- b:** Wie heißen die Parteien?
- c:** Besteht in diesen Verfahren Anwaltszwang?
- d:** Sind die Verfahren vorschusskostenpflichtig?
- e:** Wozu dient der Arrest?
- f:** Welches Gericht ist für ein Arrestantrag zuständig? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!

- g:** In der Regel findet im Arrestverfahren keine mündliche Verhandlung statt. Es ergeht ein Arrestbeschluss. Wie erfolgt die Übersendung an die Parteien
- a) dem Arrest wird stattgegeben
 - b) der Arrest wird abgelehnt?
- h:** Wie muss die Aushändigung an der Amtsstelle dokumentiert werden?
- i:** Was ergeht in einer mündlichen Verhandlung in einem Arrestverfahren? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- j:** Welche Rechtsmittel bzw. Rechtsbehelfe sind im Arrestverfahren möglich?
- k:** Wie erfolgt die Vollziehung des Arrests?
- l:** Wozu dient die einstweilige Verfügung?
- m:** Wie erfolgt die Vollziehung einer einstweiligen Verfügung?
- n:** Was passiert, wenn der Antragsgegner gegen die einstweilige Anordnung verstößt?

Schutzschriften

- a:** Wozu dient eine Schutzschrift?
- b:** Wo können Schutzschriften eingereicht werden?
- c:** Kostet die Einreichung einer Schutzschrift etwas? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- d:** Wann wird eine Schutzschrift weggelegt und wie lange wird sie aufbewahrt?

Mediation

- a:** Wozu dient eine Mediation?
- b:** Die Mediation wurde erfolgreich abgeschlossen. Was ist hier ergangen?
- c:** Wer trägt die Kosten einer Mediation?
- d:** Kann eine Mediation erzwungen werden? Wie wird zur Mediation geladen?

vertretbare und unvertretbare Handlungen

- a:** Welche Paragraphen gelten für die vertretbare und unvertretbare Handlung?
- b:** Erläutern Sie kurz die vertretbare Handlung!

- c:** Erläutern Sie kurz die unvertretbare Handlung!
- d:** Wer ist funktionell zuständig?
- e:** Wie ergeht hier die Entscheidung?
- f:** Welche Kosten fallen hier jeweils an?

Rechtsmittel und Rechtsbehelfe

- a:** Unterscheiden Sie Rechtsmittel und Rechtsbehelfe! Nennen Sie je zwei Beispiele!
- b:** Erläutern Sie den Begriff Rechtszug!
- c:** Erläutern Sie den Begriff Beschwer!

Berufung/Anschlussberufung

- a:** Gegen was findet die Berufung statt? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- b:** Erläutern Sie die Zulässigkeit der Berufung! Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- c:** Erläutern Sie die Frist für die Einlegung der Berufung sowie der Begründung der Berufung! Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- d:** Wo ist die Berufungsschrift einzureichen?
- e:** Was muss der UdG des Berufungsgerichts unverzüglich von der Vorinstanz anfordern? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- f:** Die Berufung ist erledigt. Was sendet der UdG der Berufungsinstanz mit den Akten an die erste Instanz zurück? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- g:** Was prüft das Gericht nach Einlegung der Berufungsbegründung?
- h:** Die Berufung ist nicht formgerecht eingelegt worden? Welche Entscheidung trifft der Richter hier? Welches Rechtsmittel/Rechtsbehelf ist hier möglich? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- i:** Die Berufung hat keine Aussicht auf Erfolg. Welche Entscheidung trifft der Richter hier? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- j:** Wann ist eine Anschlussberufung statthaft? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- k:** Welche Frist gilt für die Einlegung einer Anschlussberufung?
- l:** Wann verliert die Anschlussberufung ihre Wirkung?

Revision / Nichtzulassungsbeschwerde

- a:** Gegen was findet die Revision statt? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- b:** Wann findet die Revision statt? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!
- c:** Welches Gericht ist für die Revision zuständig?
- d:** Erläutern Sie die Frist für die Einlegung der Revision sowie der Begründung der Revision! Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- e:** Was prüft das Gericht nach Einlegung der Revisionsbegründung?
- f:** Wann ist eine Nichtzulassungsbeschwerde möglich?
- g:** Welche Fristen gelten für die Einlegung und Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde welche ? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!
- h:** Was passiert, wenn der Nichtzulassungsbeschwerde stattgegeben wird?

Rechtsbehelfe

- a:** Gegen welche Entscheidungen ist die sofortige Beschwerde zulässig?
- b:** Welche Fristen gelten für die Einlegung der sofortigen Beschwerde?
- c:** Was bedeutet hier Abhilfe?
- d:** Wie lauten die Registerzeichen der Beschwerdeinstanz?
- e:** Sie sind UdG beim AG Spandau. Bei Ihnen geht ein Antrag auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung ein. Das Urteil hat jedoch keinen vollstreckbaren Inhalt. Sie fertigen keine vollstreckbare Ausfertigung an. Welche Möglichkeit hat der Antragssteller hier? Welche Frist gilt hier?
- f:** Welcher Rechtsbehelf ist gegen ein KFB möglich?
 - a) Streitwert > 200,00 €
 - b) Streitwert < 200,00 €

Einspruch

- a:** Gegen welche Entscheidungen ist ein Einspruch zulässig?
- b:** Welche Frist gilt für die Einlegung des Einspruchs? Wo muss der Einspruch eingelegt werden? Nennen Sie die gesetzlichen Bestimmungen!

c: Was passiert, wenn der Einspruch form- und fristgerecht sowie zulässig eingereicht worden ist?

Gehörsrüge

a: Wann ist eine Gehörsrüge zulässig? Nennen Sie die gesetzliche Bestimmung!

b: Welche Fristen gelten hier?